

ONLINE-PUBLIKATION

Rüdiger Hachtmann

Nazismus und «Nationalsozialismus»

**Die wechselvolle Geschichte
zweier historischer Grundbegriffe
und ihre politische
Indienstnahme**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

RÜDIGER HACHTMANN ist Senior Fellow am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Wirtschafts-, Sozial-, Wissenschafts- und Gesellschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Zahlreiche Buchveröffentlichungen, zuletzt «Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront» (2012); «1848. Revolution in Berlin» (2022); «Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus. Das Reichsarbeitsministerium 1918 bis 1945» (Anfang 2023).

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 5/2022

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Oktober 2022

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

RÜDIGER HACHTMANN

NAZISMUS UND «NATIONALSOZIALISMUS»

DIE WECHSELVOLLE GESCHICHTE ZWEIER HISTORISCHER GRUNDBEGRIFFE UND IHRE POLITISCHE INDIENSTNAHME

«Nazis» und «Faschisten» allerorten. Putin erklärt, Russland wolle die Ukraine «entnazifizieren» – und entleert den Terminus damit seiner wissenschaftlichen wie politischen Substanz. Die westlichen Medien stehen ihm in dieser Hinsicht nicht nach. Ein Kommentator erläutert im *Handelsblatt*, um nur ein Beispiel zu nennen: «Putin ist Faschist, aber kein Nazi» und schiebt nach: Russland sei zweifelsohne «ein faschistischer Staat».¹ Grundlegende Definitionen? Fehlanzeige.

«Nazismus», «Nationalsozialismus» (NS) und «Faschismus» werden gegenwärtig auf Schimpfwörter reduziert – ebenso sinnentleert wie inflationär ist oft der Gebrauch von Begrifflichkeiten wie «Genozid» oder auch «Auschwitz». «Entnazifizierung» mutiert zu einer Formel, hinter der sich andere Absichten verbergen. Politische Gegner*innen und/oder militärische Feind*innen sollen denunziert werden. «Nazis», «Nationalsozialisten» und «Faschisten» stehen für das Böse schlechthin (ähnlich wie «Kalter Krieger», «Kommunismus» und «Kommunist»). In einer Zeit, in der pseudo-historisierende Beschimpfungen in immer monotonere Polemiken münden, wird es zunehmend schwieriger, begriffliche Präzision anzumahnen. Ich will es trotzdem versuchen, indem ich vor allem die Termini «Nationalsozialismus» und Nazismus auf ihren historischen Ursprung und begrifflichen Gehalt zurückführe.

Der folgende Beitrag ist begriffshistorisch orientiert. Er definiert die Wörter Nazismus und «Nationalsozialismus», bettet sie in den jeweiligen historischen Kontext ein und setzt sie in Bezug zum Oberbegriff Faschismus. Im ersten Teil des Artikels geht es um die Entstehung des Begriffs «Nationalsozialismus», den die Nazis als Selbstbezeichnung aufgriffen. Ich zeige, dass dieser Terminus – aufgrund der kalkulierten Sprachpolitik, die ihm zugrunde lag – politisch-ideologisch stark kontaminiert ist. Die nähere Betrachtung verdeutlicht zudem, dass dieser Begriff höchst vieldeutig und daher die Rede von *dem* «Nationalsozialismus» irreführend ist. Strikt voneinander zu unterscheiden sind die drei Bedeutungsebenen Ideologie, Bewegung und Regime, die in den anschließenden Abschnitten umrissen werden.

Die relative Diffusität des «Nationalsozialismus» als «Weltanschauung» und vor allem die vermeintliche soziale Offenheit der NS-Ideologie war keine Schwäche, sondern eine Stärke der NS-Bewegung, wie deren Verhältnis zu den (vor 1933) etablierten Funktionsebenen in Wirtschaft, Militär, Wissenschaft oder Ministerialbürokratie offenbart. Dem ursprünglich für die linke Arbeiterbewegung reservierten Begriff Sozialismus kam dabei – aufgrund dessen so demagogischer wie virtuoser Instrumentalisierung durch rechtspopulistische Strömungen seit Anfang der 1920er-Jahre – eine wichtige «Deckfunktion» zu.

Eine unreflektierte Verwendung des hochgradig problematischen Terminus «Nationalsozialismus» läuft Gefahr, dass die Sprachpolitik der Nazis auf Form und Inhalt historischer Analysen abfärbt. Deshalb setze ich diesen Begriff in distanzierende Anführungszeichen. Vor allem aber plädiere ich mit diesem Debattebeitrag dafür, ihn durch den politisch-ideologisch nicht kontaminierten Begriff Nazismus zu ersetzen, wenn die spezifische Form des «deutschen Faschismus» als Ideologie, Bewegung und Regime bezeichnet werden soll. Nazismus ist eine über das linke Exil ab 1933 eingeführte und in der NS-Propaganda gemiedene Kategorie, weshalb sie ohne Anführungszeichen verwendet werden kann.

Unter den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen wird dieser Vorschlag wohl auf wenig Gegenliebe stoßen. Der Terminus «Nationalsozialismus» wies im Rahmen der Systemkonkurrenz auch nach 1945 eine Funktionalität auf, die – so wird abschließend zu diskutieren sein – erklärt, weshalb (etablierte) «Politik», die Medien und der Mainstream der Wissenschaft geradezu störrisch an diesem und anderen durch die Nazis geprägten Termini festhalten – während des Kalten Kriegs und letztlich bis heute.

FRÜHE VERWENDUNGEN DES BEGRIFFS «NATIONALSOZIALISMUS»

«Nation» und «Nationalität» bezogen und beziehen sich semantisch auf die (zunächst vor allem europäischen) Nationsbildungen sowie revolutionäre oder

¹ Rickens, Christian: Putin ist Faschist, aber kein Nazi. Warum wir den ideologischen Kern des Kreml-Regimes verstehen müssen, in: Handelsblatt, 8.6.2022, unter: www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-putin-ist-faschist-aber-kein-nazi-warum-wir-den-ideologischen-kern-des-kreml-regimes-verstehen-muessen/28408962.html.

reformorientierte Emanzipationsversuche des (vielschichtigen) Bürgertums seit Ende des 18. Jahrhunderts, die in der Großen Französischen Revolution von 1789 bis 1799 und den preußischen «Reformen von oben» ab 1806 einen markanten Ausdruck fanden. Der Nationsbegriff wurde bereits während der «Befreiungskriege» 1813/14, später im Vormärz und in der Revolution von 1848/49 sowie insbesondere im Wilhelminischen Kaiserreich in breiten, vor allem bürgerlichen Bevölkerungsschichten sukzessive zu einem schließlich aggressiven, imperialistischen Nationalismus ausgeweitet. Mit der Novemberrevolution und dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 verschoben sich die Konnotationen erneut. Protofaschistische, konservative und auch liberale Intellektuelle luden die Begriffe von «Nation» und «nationaler Größe» mit ihrer Kritik am Versailler «Schandvertrag» und ihrem grundlegenden Anti-Republicanismus weiter antidemokratisch auf.

Während sich das Verständnis von «Nation» seit jeher wandelte und immer wieder mit neuen Bedeutungen unterlegt wurde, blieb der Begriff Sozialismus im deutschen Sprachraum bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 relativ eindeutig definiert. Im 1905 erschienenen Standardwerk zur deutschen Wortgeschichte – dem 16. Band des Grimm'schen Wörterbuchs – wurde Sozialismus bündig mit «bestrebungen der sozialdemokratie» umschrieben.² Der Begriff war damals also noch für die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und deren bis 1914 (zumindest) programmatisch intendierte Überwindung des Kapitalismus reserviert. Eher ironisch kursierte daneben der Terminus «Kathedersozialismus». Bezeichnet wurde damit seit Ende 1871 eine akademische Strömung, die sich vom klassischen Wirtschaftsliberalismus absetzte, für staatliche Interventionen im ökonomisch-sozialen Bereich plädierte sowie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in das semi-absolutistische Wilhelminische Kaiserreich integrieren und dadurch «entradikalisieren» wollte.³ Nach dem Ersten Weltkrieg und der Revolution von 1918/19 weiteten rechte Strömungen den Sozialismusbegriff gezielt aus und nahmen ihn für eigene Ziele in Anspruch. So propagierte etwa Oswald Spengler – ein erzreaktionärer, nationalistischer Philosoph und Kulturhistoriker – seit 1919 den «preußischen Sozialismus» und begründete diese Begriffsaneignung damit, «den deutschen Sozialismus von Marx befreien» zu wollen.⁴ Analog dazu übernahmen

Weimarer Rechtskonservative und später die Nazis auch den Begriff Revolution. Sie sprachen mit Blick auf die eigenen Ziele fortan von «konservativer» oder «nationaler Revolution». Mit dieser feindlichen Übernahme weichten sie den ursprünglich recht präzisen Begriff kalkuliert auf und lösten ihn aus seiner engen Verbindung zu Aufklärung und Emanzipation.⁵ Die nazistische Stilisierung des 30. Januar 1933 – also des Tags der «Machtergreifung», die tatsächlich eine Machtübergabe war – zur «(nationalen) Revolution» haben neben Medienleuten auch viele Historiker*innen übernommen. Sie blenden damit den *gegenrevolutionären* Charakter von NS-Bewegung und NS-Regime aus. Die Ausweitung und Verfremdung des Sozialismus- und des Revolutionsbegriffs – bis eben dahin, dass auch Gegenrevolutionen zu «Revolutionen» stilisiert werden – sind keine Vorgänge, die nur die Vergangenheit betreffen. Sie sind nicht museal. Diese Umdeutungen halten sich vielmehr bis in die Gegenwart und sind mit politischem Kalkül verbunden. Inzwischen (und nicht nur in der Werbung) wird der Revolutionsbegriff beliebig eingesetzt; er ist im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs allmählich zu einer Leerformel verkommen. Auf der politischen Ebene wird tendenziell jeder Umsturz als «Revolution» markiert, auch solche, die einen gegenrevolutionären Charakter besitzen. Gerade eine westlich-konservative Sprachpolitik spekuliert unausgesprochen auf bleibende positive Konnotationen des Begriffs, auf die Verknüpfung von «Revolution» mit «Fortschritt» – und verhilft auf diese Weise auch rechtsautoritären (vielleicht gar kapitalistisch-oligarchischen) Restaurationsversuchen zu höheren Weihen. Gleichzeitig werden «Revolution» und «Sozialismus» vom bis 1914 gültigen emanzipatorisch-antikapitalistischen Sinne kalkuliert entkoppelt. Es dürfte vor dem Hintergrund, dass Krisen und Kriege historisch oftmals Vorläufer von Revolutionen waren, kein Zufall sein, dass in der Gegenwart im hegemonialen Diskurs der Medien und der Wissenschaften die Selbststilisierungen der Nazis gleichzeitig weiterhin unhinterfragt gebraucht werden: Mit ihnen (darauf ist zurückzukommen) wird der Begriff Sozialismus in seiner ursprünglichen Bedeutung, werden also emanzipatorische Perspektiven, die über die westlich- wie östlich-kapitalistischen Gesellschaften hinausweisen, diskreditiert.

Ein weiteres, damit verbundenes Spannungsfeld, das Verhältnis von «Revolution» und «Gegenrevolution»

2 Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm: Deutsches Wörterbuch, Bd. 16, Leipzig 1905, S. 1826.

3 Das erste Mal wurde der Begriff «Kathedersozialismus» von Heinrich Bernhard Oppenheim in der liberalen *National-Zeitung* vom 7. Dezember 1871 verwendet. Wenig später verfasste Oppenheim eine längere Schrift unter diesem Titel. Oppenheim, Heinrich Bernhard: *Der Katheder-Sozialismus*, Berlin 1872, unter: www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb11018744?page=1.

4 Spengler, Oswald: *Preußentum und Sozialismus* [1919], Berlin 2016, S. 5.

5 Als politisch wie historisch analytische Kategorie macht der Revolutionsbegriff nur dann Sinn, wenn er gesellschaftliche Umbrüche markiert, die von einer Massenbewegung in emanzipatorischer Absicht (in der Tradition der Aufklärung) und mit emanzipatorischen Zielsetzungen initiiert werden. Vgl. Hachtmann, Rüdiger: *Revolution*, in: Görres-Gesellschaft und Herder-Verlag (Hrsg.): *Staatslexikon*, 8. Aufl., Bd. 4, Freiburg u. a. 2020, Sp. 1853–1858.

sowie damit eng verknüpft «Moderne» und «Modernisierung», ist hier nicht auszuleuchten. Es reicht festzustellen, dass «Moderne» und «Modernisierung» in den Medien wie in der Wissenschaft zumeist zwar normativ aufgeladen und kapitalaffirmativ verwendet werden, gleichzeitig dennoch unbestimmt bleiben (bzw. mit Deckbegriffen wie «westliche Wertegemeinschaft» assoziiert werden, eine Formel, mit der oft schlichte ökonomische Interessen kaschiert werden). Der Terminus Gegenrevolution wiederum wird im hegemonialen Diskurs eher selten verwendet; stattdessen werden von restaurativen oder rechtsautoritären politischen Kräften durchgesetzte Umbrüche nicht selten sogar mit dem Label «revolutionär» aufgewertet und dann gern auf vermeintliche «Fortschritte» verwiesen. Übersehen wird dabei Folgendes: Gegenrevolutionen haben immer schon von Revolutionen gelernt und sich «modernisiert».⁶ Jeffrey Herf hat dieses Phänomen auf die Formel «Reactionary Modernism» gebracht, die historisch nicht gebunden ist.⁷ Herf hat diese Formel zur Charakterisierung der NS-Herrschaft verwendet – dem wohl markantesten Beispiel eines «Reactionary Modernism».

Die nazistische Gegenrevolution orientierte sich sowohl in ihrer Rhetorik als auch in ihren Techniken – der Organisation, Propaganda usw. – dreist an ihren politischen Gegnern. Mit ihrem Gerede von «Revolution» und «Sozialismus» kopierten die Nazis lediglich die elitären Rechten der «Konservativen Revolution», wie zum Beispiel Oswald Spengler, und deren demagogische Sprachpolitik. Gleichzeitig standen hinter der rechtspopulistischen Sprachpolitik aber auch spezifische historisch-empirische Entwicklungen sowie damit einhergehende Identitätskrisen und ideologische Wandlungen des radikalen wie moderaten rechten Lagers. Angesichts der massiven dirigistischen Interventionen des Staats während des Ersten Weltkriegs auf zahlreichen ökonomischen und sozialen Feldern sowie der anschließenden fundamentalen Krise des seit November 1918 wieder «liberaler» geprägten Kapitalismus im deutschen Raum entstanden selbst auf liberalkonservativer Seite «Gemeinwirtschaftskonzepte», die mit dem Anspruch verbunden waren, den Kapitalismus überwinden zu wollen.⁸ Hinzu traten die gravierenden politischen Umbrüche Anfang des 20. Jahrhunderts. Insbesondere die Oktoberrevolution 1917 und die Entstehung der Sowjetunion führten bis weit in die Reihen der Sozialdemo-

kratie hinein zu Bemühungen, Sozialismuskonzepte zu «entbolschewisieren» und von politökonomischen Konzepten marxistischer Couleur abzukoppeln.

Der Terminus «Nationalsozialismus» entstand, lange bevor der Sozialismusbegriff zur nichtssagenden Phrase aufgeweicht wurde und zu einem von Rechten gern benutzten Wort degenerierte. Der Frühsozialist Moses Heß soll ihn bereits um 1860 benutzt haben. Nachweislich als Erster hat ihn 1881 der antisemitische «Kathedersozialist» Eugen Dühring verwendet.⁹ Der Begriff verbreitete sich anschließend in Mitteleuropa und fand vornehmlich in antisemitisch-rechtskonservativen Kreisen raschen Eingang. Auch in Parteinaamen wurde er früh integriert, zuerst 1897 von der (unbedeutenden) Tschechischen Nationalsozialistischen Partei. Die 1903 in den österreichischen Kernlanden und deutschsprachigen Regionen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gegründete Deutsche Arbeiterpartei um den einstigen Sozialdemokraten Walther Riehl versammelte «Nationalsozialisten» in ihren Reihen (wie sie sich seit dem Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert selbst nannten). Diese Partei wurde im Mai 1918 förmlich in Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei umgetauft und war ein Vorläufer der faschistischen Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins.¹⁰ Nicht zuletzt die semantische Nähe zu ähnlich klingenden Wortzusammensetzungen, wie dem vornehmlich von Liberalen – namentlich dem Theologen und Politiker Friedrich Naumann, der 1896 den Nationalsozialen Verein gegründet und nationalistische sowie bürgerlich-sozialreformerische Ziele miteinander zu vereinbaren versucht hatte, oder auch dem berühmten Soziologen Max Weber – benutzten Kompositum «national-sozial», dürfte dem Schlagwort «Nationalsozialismus» Ende des 19. Jahrhunderts im Deutschen Reich zusätzliche Resonanz verschafft und seine rasche Verbreitung begünstigt haben.

Die im Januar 1919 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei nannte sich bekanntlich seit April 1920 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Für die NSDAP und Hitler war das Etikett «nationalsozialistisch» der semantische Gegenpol zu allem «Jüdischen», allem «Bolschewistischen» sowie zu allem, was im Verdacht stand, irgendwie «links» zu sein, und überhaupt zu sämtlichen demokratisch-emanzipatorischen Strömungen, die in der Tradition der Großen Französischen Revolution standen. Für Hitler und seine Gefolgschaft deckte sich «Nationalsozialismus» ungefähr mit ihrem gesellschaftli-

6 So ist bspw. die «Modernität» der «Ära der Reaktion» nach der Revolution von 1848/49 unlängst betont worden. Vgl. Ross, Anna: *Beyond the barricades. Government and State-Building in Post-Revolutionary Prussia 1848–1858*, Oxford 2019.

7 Herf, Jeffrey: *Reactionary modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1984.

8 Prominent bspw. Rathenau, Walther: *Von kommenden Dingen*, Berlin 1917; Moellendorff, Wichard von: *Deutsche Gemeinwirtschaft*, Berlin 1916.

9 Vgl. vor allem Dühring, Eugen: *Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage*. Mit einer weltgeschichtlichen Antwort, Karlsruhe u. a. 1881.

10 Vgl. Schieder, Wolfgang: *Sozialismus*, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/ Koselleck, Reinhart (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 923–996, hier: S. 994.

chen Ordnungsentwurf einer rassistisch-radikalnationalistischen «Volksgemeinschaft».¹¹

Bereits für die Zeitgenoss*innen markierte «Nationalsozialismus» als Selbstbezeichnung drei unterschiedliche Ebenen. Der Begriff zielt erstens auf das «weltanschauliche» Konglomerat, das von NSDAP und NS-Bewegung um zentrale NS-Ideologeme ausgebildet wurde, die im nächsten Abschnitt beleuchtet werden. Zweitens war mit «Nationalsozialismus» die (Massen-)Bewegung gemeint, die neben der NSDAP auch die Vorfeldorganisationen der Partei, vor allem die Sturmabteilung (SA) und die Schutzstaffel (SS), einschloss. Der Begriff NS-Bewegung adressiert letztlich sämtliche aktiven NS-Anhänger*innen. Drittens wird mit «Nationalsozialismus» das vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zunächst als «Kabinett der nationalen Einheit» unter dem Reichskanzler Hitler eingesetzte *staatliche Regime* umschrieben, das das Deutsche Reich und zeitweilig weite Teile Europas vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 beherrschte.

«NATIONALSOZIALISMUS». DIE IDEOLOGIE

Die Ideologie des Nazismus war nicht konsistent.¹² Es handelt sich bei der NS-«Weltanschauung» vielmehr um ein widersprüchliches Konglomerat an ideologischen Versatzstücken, das sich um vier zentrale Ideologeme herum herausbildete: (1) Antisozialismus/Antikommunismus, (2) Antisemitismus/Rassismus, (3) Radikalnationalismus/Imperialismus und (4) Bellizismus/Militarismus.

(1) In ihrer grundsätzlichen *Feindschaft gegenüber allen Strömungen der organisierten Arbeiterbewegung* – vor allem gegen alles, was sie als kommunistisch, marxistisch und bolschewistisch qualifizierten – traten die Nazis das Erbe der Gegenrevolution von 1918/19 an. Es ist kein Zufall, dass die meisten Protagonisten des NS-Regimes seit Gründung der Weimarer Republik in Freikorps und protofaschistischen Organisationen aktiv waren und dort politisch sozialisiert wurden.¹³

(2) Der «Nationalsozialismus» war in einem umfassenden Sinne *rassistisch*. Ihm lag die Vorstellung vermeintlich höher- und minderwertiger Völker zugrunde. Der *Antisemitismus* wiederum war eine zugespitzte Form dieses allgemeinen Rassismus:

Menschen wurden aufgrund angeblicher «rassistischer» (nicht: konfessioneller) Herkunft als «Juden» stigmatisiert, verfolgt und schließlich im Holocaust systematisch ermordet. Der Rassismus der Nazis richtete sich gleichermaßen «nach innen» und «nach außen».

Den «Nationalsozialismus» charakterisierte also ein Denken und Handeln in *Kategorien grundsätzlicher Ungleichheit*. Das zeigte sich nicht nur im Rassismus der Nazis, sondern auch in ihrem Schlagwort von der «Bekämpfung des Klassenkampfes». Nach marxistischem Verständnis basieren alle bisherigen Gesellschaften auf antagonistischen, also nicht friedlich auflösbaren sozialökonomischen Interessen und Zielen; in ihnen herrscht «Klassenkampf»; erst die Überwindung des Kapitalismus als ökonomisches und gesellschaftliches System, so das auf Marx basierende Geschichtsverständnis, wird eine klassenlose, sozial-egalitäre Gesellschaft möglich machen.

Mit zahllosen Gemeinschaftsfloskeln und dem Gerede von der «Volksgemeinschaft» gaben die Nazis in demagogischer Absicht vor, soziale Gleichheit (Egalität) innerhalb des eigenen «Volks»/der eigenen «Rasse» herzustellen. Tatsächlich jedoch schrieb der Begriff der «Volksgemeinschaft» die in der deutschen Gesellschaft bestehenden sozialen Ungleichheiten fest. Der Terminus «Volksgemeinschaft» verdeckte, dass die Nazis die von ihnen geschaffene und als Endzustand eines «Tausendjährigen Reichs» anvisierte Gesellschaft schroff hierarchisch konzipierten: Sie garantierten nicht nur den etablierten Funktionsebenen in Wirtschaft, Wissenschaft oder Militär ihre bisherigen Privilegien, sondern boten außerdem Spielräume für die Entstehung neuer Eliten wie der SS und anderer Cliquen aus NSDAP-Führungskadern; alte und neue Eliten konnten dabei miteinander verschmelzen.¹⁴ Die partielle Ermöglichung sozialer Aufstiege und ein sozialdarwinistisch grundiertes Konkurrenzdenken, auf das weiter unten noch eingegangen wird, wie auch die rassistischen Spaltungen und die Unterwerfung der Bevölkerungen in den seit 1938 aggressiv-imperialistisch eroberten neuen «Räumen» in Europa und weiteren Kontinenten sollten die bisherigen Klassengrenzen möglichst weitgehend überlagern.

Gleichzeitig war der Rassismus der Nazis ein «Rassismus nach innen». Zu ihm gehört das Ziel der (inneren) «Rassereinheit» und der «Aufartung der deutschen

11 Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin u. a. 2000, S. 417–424.

12 Die Diffusität der NS-Ideologie und der «häufige Vorsatz zur Täuschung», womit vermeintlich ideologische NS-Versatzstücke an sehr unterschiedliche Adressat*innen gerichtet wurden, erschweren «rein» ideengeschichtliche, von sozialen Interessen und sozialer Stellung abstrahierende Analysen. Vgl. resümierend Landa, Ishay: Der Lehrling und sein Meister. Liberale Tradition und Faschismus, Berlin 2021, S. 25.

13 Vgl. Gietinger, Klaus/Kozicki, Norbert: Freikorps und Faschismus. Lexikon der Wegbereiter und Exponenten des Vernichtungskrieges, Stuttgart 2022.

14 Aufgrund dieser Deckfunktion ist es problematisch, dass «Volksgemeinschaft» innerhalb der NS-Forschung in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem analytischen Begriff aufgewertet wurde. So z. B. bei Bajohr, Frank/Wildt, Michael (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2009; Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hrsg.): «Volksgemeinschaft». Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im «Dritten Reich»? Zwischenbilanz zu einer kontroversen Debatte, Paderborn u. a. 2012. Als kritische Entgegnung vgl. Kershaw, Ian: Volksgemeinschaft. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungsbegriffs, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/2011, S. 1–17.

Rasse». Eingeschrieben sind ihm «Sozialhygiene», «Eugenik» sowie «Rassenhygiene» und letztlich die «Vernichtung unwerten Lebens» innerhalb der eigenen Bevölkerung, zwecks «Gesundung des Volkskörpers». Sowohl der Rassismus «nach außen» als auch der «nach innen» waren ideologisch lange vor der Entstehung der NS-Ideologie und NS-Bewegung entwickelt. Erst die vom «Nationalsozialismus» als Regime brutal durchgesetzten «Rahmenbedingungen» ermöglichten jedoch die Realisierung der bereits zuvor postulierten Ziele rechtskonservativer und profaschistischer Strömungen.

(3) Der Nazismus war *radikalnationalistisch* und hierin mit dem Rassismus aufs Engste verwoben. Der Radikalnationalismus der Nazis knüpfte an den Imperialismus des deutschen (Spät-)Wilhelminismus an, der den ersten «Griff zur Weltmacht» versucht hatte, und erhielt ab 1918 durch den angeblichen «Schandvertrag von Versailles» sowie die «Dolchstoßlegende» zusätzliche Nahrung.

(4) Ein weiteres zentrales Ideologem des Nazismus war ein unbedingter *Bellizismus*, der mit einer seit 1933 systematischen Militarisierung der deutschen Gesellschaft korrespondierte. Die von den Nazis avisierten Kriegsziele gingen weit über «normale» imperialistische Ambitionen hinaus. Krieg war nicht nur Mittel zum Zweck, sondern tendenziell Selbstzweck. Die «Bewährung auf den Schlachtfeldern» wurde zum Ideal, das von den konkreten politisch-militärischen Konstellationen losgelöst war. In Verbindung hiermit standen weitere gesellschaftliche Leitideen, wie etwa die Geschlechterideale, die dem männlichen «Krieger» den dominanten Part und der Frau die Mutterrolle – als eine Art «Gebärmachine» im Dienst der Volksgemeinschaft – zuschrieben. Mit der Formel von den «Soldaten der Arbeit» brachten namentlich Hitler und der Chef der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley zum Ausdruck, dass die innere Militarisierung die Industrie sowie ganz generell alle Bereiche der Gesellschaft durchziehen sollte.

Das «Führerprinzip» spiegelt zwar die schroffe Hierarchisierung der avisierten NS-Gesellschaft wider, war jedoch für den Nazismus nicht so zentral und «unumstößlich» wie die vorgenannten Ideologeme. Dies ist vor allem für die Analysen des NS-Herrschaftssystems von zentraler Bedeutung: Ein allzu starker «Führer»-Fokus lenkt von den komplexen Herrschaftskonstellationen ab. Bei näherem Blick entpuppt sich das – beim Militär abgeschaut – «Führerprinzip» in den verschiedenen Teilbereichen der NS-Gesellschaft oft als eher nominell. Tatsächlich waren meist Cliquen oder größere Gruppen (der neuen NS-Elite und ebenso der etablierten Funktionsebenen) tonangebend. Lediglich die meist bewusst unpräzise formulierten politisch-ideologischen Statements Hitlers waren sakrosankt.

Ideologisch ist der «Nationalsozialismus» wenig kreativ gewesen. Seine zentralen Ideologeme wurzelten tief im 19. Jahrhundert. Die Nazis haben Elemente von «Weltanschauungen» und politischen Ideen lediglich aufgegriffen und zusammengeführt, die bereits viel früher ausgebildet waren. Vergleichsweise «originell» war vor allem die auf Hitler zurückgehende Formel von den «Novemberverbrechern», die – adressiert an die Träger der Revolution von 1918/19 und verknüpft mit der Behauptung einer «jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung» – alle ideologischen Elemente des Nazismus, in besonderem Maße Antisemitismus und eine rassistisch aufgeladene Russophobie, bündelte. Als roter Faden im Selbstverständnis wie in der Praxis durchzog das «Novembersyndrom» den Nazismus bis zum Zusammenbruch der Diktatur.

DIE NS-BEWEGUNG. IHRE AFFINITÄTEN ZU KAPITAL UND «LIBERALEM KONKURRENZ-PRINZIP»

NS-«Weltanschauung» und NS-Programmatik waren alles andere als aus einem Guss. Die Inkonsistenz der NS-Ideologie war kein Defizit, sondern kalkuliert. Die ideologische Heterogenität und Diffusität der NS-Ideologie begünstigte, dass sich unterschiedlichste – teilweise auch entgegengesetzte – Interessen und entsprechend verschiedenste Sozialgruppen positiv auf den «Nationalsozialismus» beziehen konnten. Nicht zuletzt deshalb gelang es den Nazis, sich im Laufe der 1920er-Jahre aus den – allein sozialstrukturell – unterschiedlichsten reaktionären und profaschistischen Strömungen eine Massenbasis zu verschaffen.

In den ersten Monaten nach der Novemberrevolution war die Spitze der gegenrevolutionären Bewegungen sozial in starkem Maße adlig-distinkt («aristokratisch») und großbürgerlich, nur zu kleineren Teilen dagegen (klein-)bürgerlich sowie «lumpenproletarisch» geprägt. Überdies waren diese Strömungen programmatisch zunächst vor allem auf eine Restauration der Hohenzollernmonarchie ausgerichtet. Mit dem Anfang der 1920er-Jahre entstehenden Nazismus änderte sich dies. Er «verkleinbürgerlichte» und «proletarisierte» die Gegenrevolution in sozialer Hinsicht und öffnete sie für immer breitere «Volksschichten», vor allem für Angehörige der alten und neuen «Mittelschichten» (selbständiges Kleingewerbe, bäuerliche Bevölkerung, Angestellte), zu Teilen auch für Arbeiter*innen in noch stark handwerklich geprägten mittleren und kleineren Industriebetrieben außerhalb der großstädtischen Wirtschaftszentren. Aufgrund der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft wie ihrer Wählerschaft ist die NSDAP deshalb zu

Recht als «Volkspartei» charakterisiert worden;¹⁵ sie besaß freilich einen kräftigen Mittelstandsbauch.

Diese soziale Öffnung ändert nichts daran, dass NS-Bewegung und NS-Regime gleichzeitig mit Kerne wichtiger Kapitalfraktionen eng verflochten waren (ohne deshalb zu bloßen Marionetten eines besonders «aggressiven Finanzkapitals» zu werden). Die ideologische wie soziale Heterogenität von NS-Ideologie und NS-Bewegung verdeckte allerdings diese Kapitalaffinität und verschaffte der NSDAP samt ihren Vorfeldorganisationen ein Image als «Volkspartei». Das selbst gewählte Etikett eines die gesamte deutsch-«arische» Bevölkerung umfassenden «Nationalsozialismus» gewann hierdurch an scheinbarer Plausibilität.

Zur Massenbewegung konnte der Nazismus nur werden, weil spezifische sozialökonomische Bedingungen hinzukamen, insbesondere die Weltwirtschaftskrise, die Deutschland Ende der 1920er-Jahre mit besonderer Wucht traf. Deren Folgen bestärkten das in breiten liberalkonservativen Bevölkerungsschichten bereits mit der galoppierenden Inflation von 1923/24 entwickelte Gefühl, die Weimarer Republik sei «chronisch krisenkrank» und könne nur ein Intermezzo (Zwischenspiel) zu endlich wieder «geordneten», nämlich offen autoritären Verhältnissen sein.

Es waren nicht die Angehörigen des industriellen Proletariats und auch nicht die erwerbslosen Arbeiter*innen, die überdurchschnittlich für die NSDAP votierten, wie dies mitunter fälschlicherweise gern behauptet wird, im Gegenteil.¹⁶ Die klassischen sozialistischen Arbeitermilieus blieben ebenso wie das katholische Milieu trotz Erosionserscheinungen bis 1933 in bemerkenswerter Weise resistent gegenüber NS-Einflüssen. Vielmehr ließ eine dramatische «Panik im Mittelstand»¹⁷ breite Kreise vor allem der protestantisch geprägten neuen wie alten Mittelschichten zu «Hitlers Wählern» werden.

Obwohl die NSDAP bei den beiden Reichstagswahlen im Jahr 1932 über 30 Prozent der Wählerstimmen erhielt, war das NS-Regime keineswegs unvermeidbar. Hitler und die Nazis haben zudem nicht die Macht «ergriffen». Sie wurde ihnen übergeben – und zwar durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und die hinter ihm stehenden Strömungen traditioneller Funktionselemente.¹⁸ Umstritten ist, wie breit die Unterstützung der etablierten Funktionselemente (vor allem der Industrie) gewesen ist. Unterschätzt wird diese Unterstützung oft deshalb, weil die Kommunikationsprozesse zwischen beiden Seiten, der NS-Bewegung und den traditionellen Funktionselementen, überwiegend informell waren; das heißt, sie waren meist mündlich und hinterließen keine schriftlichen Spuren. Auch Finanztransfers an die NSDAP lassen sich nicht oder nur begrenzt nachweisen; sie sind in aller Regel nicht «quittiert».

Erklärungsversuche, die eine unmittelbare Finanzierung der NSDAP durch große Gruppen des Industrie- und Bankkapitals ins Zentrum stellen, blenden zudem das historisch komplexe Verhältnis von Kapital und NS-Bewegung bzw. NS-Regime aus. Früh formulierte Erklärungsversuche zum strukturellen Verhältnis von Politik und Ökonomie ab 1933, die als «Bonapartismus-Theorie»¹⁹ oder (mit Bezug vor allem auf die grundlegende Untersuchung der NS-Herrschaftsstrukturen durch Franz Leopold Neumann) als «Polykratie»-Konzept bekannt sind,²⁰ bieten vielversprechende Theorieansätze. Komplex war das «Verhältnis von Politik und Ökonomie» außerdem deshalb, weil (wie der undogmatische Sozialist Alfred Sohn-Rethel schon Anfang der 1930er-Jahre herausgearbeitet hat) das industrielle Kapital in mehrere Fraktionen zersplittert war.²¹

Vor allem die «Wiederentdeckung» der Arbeiten von Franz Leopold Neumann und des Buchs «Der Doppelstaat» von Ernst Fraenkel²² – zwei linkssozialdemokra-

15 Vgl. Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M. u. a. 2020; ders.: Hitlers Wähler, München 1991.

16 Vgl. Falter: Hitlers Wähler, bes. S. 202, 229, 369, 373. Falter hebt diesen Tatbestand in seiner eigenen Interpretation (und auch in seinen zahlreichen Aufsätzen) nicht hervor, sondern stellt vor allem seine These von der NSDAP als «Volkspartei» ins Zentrum.

17 Geiger, Theodor: Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde 10/1930, S. 637–654, unter: <http://library.fes.de/cgi-bin/digiarb.pl?id=01021&dok=1930&f=637&l=654&c=637>.

18 Vgl. Frei, Norbert: «Machtergreifung». Anmerkungen zu einem historischen Begriff, in: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte 1/1983, S. 136–145.

19 Der Name dieser Theorie rekurriert auf Marx' «18. Brumaire» von 1852. Thematisiert wurde sie vor allem in Aufsätzen, die August Thalheimers seit 1928 veröffentlichte. Vgl. Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, Berlin 1960, S. 111–207; Thalheimer, August: Über den Faschismus, in: Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und der Funktion des Faschismus [1930], Frankfurt a. M. 1967, S. 19–38.

20 Vgl. Neumann, Franz Leopold: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944 [englische Erstausgabe: 1942/44], 2. Aufl., Hamburg 2018.

21 Sohn-Rethel bezeichnet vor allem die Vereinigten Stahlwerke – die weit über 50 Prozent der Kapazitäten der reichsdeutschen Eisen- und Stahlproduktion (bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts der «Basissektor») der kapitalistischen «Hochmoderne») auf sich konzentrierten – als treibendes Element bei der Installierung des NS-Regimes. Für die frühe Unterstützung der Nazis durch Repräsentanten der Eisen- und Stahlindustrie, inkl. des Bergbaus, führt er strukturelle betriebsökonomische Gründe an: Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie sei damals – im Gegensatz zur Elektroindustrie (um Siemens und AEG) – auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig gewesen. Die Elektroindustrie schwenkte erst ab 1934 auf den vom NS-Regime angesteuerten Autarkie-Kurs um und akzeptierte die weitgehende Abschottung vom Weltmarkt. Die Positionierung der Chemieindustrie, vor allem der IG Farben, war ebenso wie die der Banken um 1933/34 komplexer. Vgl. Sohn-Rethel, Alfred: Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen, hrsg. von Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kadritzke, Frankfurt a. M. 1973; ders.: Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem «Mitteleuropäischen Wirtschaftstag», hrsg. von Carl Freytag, Berlin 1992. Zu den Fraktionen des Industriekapitals in den 1920er- und 1930er-Jahren vgl. auch z. B. Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, 3 Bde., Berlin 1971/1985/1996, bes. Bd. 1, S. 50–52, 149–153.

22 Fraenkel, Ernst: Der Doppelstaat, Frankfurt a. M. 1974 [1941].

tische Arbeitsrechtler, die ihre Studien im Exil verfassten – hat im «Westen» die Türen auch für den hohen Stellenwert der ökonomischen Konstellationen geöffnet. Affinitäten führender Protagonisten des NS-Regimes zum (intern stark fraktionierten) «Kapital» und den maßgeblichen Einfluss industrieller Konzerne auf die NS-Politik haben seit den 1970er-Jahren auch liberalkonservative westliche Historiker*innen hervorgehoben.²³ So sprach Dietmar Petzina bereits 1968 in Bezug auf den 1936 institutionalisierten «Vierjahresplan» des NS-Regimes von einer «privaten Durchdringung der Wirtschaftspolitik» bzw. von deren «Privatisierung» zugunsten «großer Monopolgruppen» wie der IG Farbenindustrie.²⁴

Allerdings drohen diese Erkenntnisse wieder verschüttet zu werden. Seit der Jahrtausendwende tendieren Historiker*innen (wieder) vermehrt dazu, das enge Verhältnis und die ausgeprägten Affinitäten der Nazis zum «Kapital» zu ignorieren, obwohl sich fast alle Protagonisten der NS-Diktatur uneingeschränkt zum Privateigentum an Produktionsmitteln bekannt haben.²⁵ Seit den 1980er-Jahren erlebt ein oft recht primitiver Primat der Politik, der eigentlich als überwunden gelten konnte, partiell eine Renaissance. Parallel dazu gewann der Terminus «Nationalsozialismus» eine – für viele inzwischen «selbstverständliche» – semantische Monopolstellung.

Grundlegend auch für viele andere Bereiche der nazistischen Gesellschaft war ein für die ökonomische Sphäre des Kapitalismus (und die bürgerliche Gesellschaft generell) konstitutives Element: das *Konkurrenzprinzip*. Die Nazis selbst redeten freilich selten offen von «Konkurrenz». Sie versteckten ihre ausgeprägten Affinitäten zum Konkurrenzprinzip hinter Rhetoriken wie der vom «völkischem Leistungsprinzip» (das nicht für ein Kollektiv, sondern für das Individuum galt) oder hinter Gemeinschaftsfloskeln. Gleichzeitig wurde das Konkurrenzprinzip im Nazismus biologistisch überwölbt und damit ideologisch sowie praktisch radikalisiert: Ein unbedingter Rassismus, wie jener der Nazis, schloss und schließt die rassistisch-biologistische Aufladung des Konkurrenzprinzips ein, also *Sozialdarwinismus*. Auch das war nichts Neues, sondern lange vor 1933 angelegt. Der Sozialdarwinismus wurde vom NS-Regime «ledig-

lich» weiter radikalisiert und auf zahlreichen gesellschaftlichen Feldern handlungsleitend.²⁶

«Der Kapitalismus ist nach Ansicht der Nazis einfach Teil der Natur», so hat es Ishay Landa unlängst auf den Punkt gebracht. Der vorgeblichen «Natürlichkeit» von Konkurrenz und Kapitalismus versuchten die Nazis mit politischen Eingriffen auch dort zum Durchbruch zu verhelfen, wo diese insbesondere durch die organisierte Arbeiterbewegung zum Schutz der kollektiven Interessen der «Arbeitnehmer» zurückgedrängt worden war. So wurde innerhalb der Unternehmen die (strukturell im Kapitalismus angelegte) Konkurrenz der Arbeiter*innen untereinander systematisch ausgeweitet und stimuliert: durch Akkorde und «moderne» Leistungslohnsysteme, durch die systematische Förderung des REFA-Taylorismus, die Einführung von Arbeitsbewegungssystemen oder auf das Individuum zugeschnittene Karrieremöglichkeiten. Pseudo-egalitäre Floskeln wie jene von der «Betriebsgemeinschaft» vermochten dies nur dürftig zu übertünchen.

«Konkurrenz belebt das Geschäft». Dieser Devise folgten die Nazis nicht nur im ökonomischen Bereich, sondern weit darüber hinaus und nicht zuletzt auch auf der Ebene des NS-Herrschaftssystems. Das in Demokratien innerhalb der politischen Sphäre weitgehend auf die Legislative beschränkte Konkurrenzprinzip (vor allem zwischen den Parteien) wurde im NS-Staat auf alle Ebenen der «Exekutive» ausgeweitet (bei gleichzeitiger Entmachtung der Judikative). Zwischen den institutionellen wie individuellen NS-Herrschaftsträgern entbrannte ein heftiger Konkurrenzkampf um Macht und Einfluss, der durch die hochgradige Personalisierung von Herrschaft während der NS-Diktatur und entsprechend heftige Rivalitäten begünstigt wurde. Die NS-Protagonisten versuchten mit allen Mitteln, Kompetenzen zu akkumulieren und sich in einem nicht enden wollenden Machtkampf gegenseitig auszustechen. Das paradoxe Resultat dieser Konkurrenzkämpfe waren eine Dynamisierung der NS-Herrschaft und eine hochgradige Selbstmobilisierung ihrer Akteur*innen.

Bei genauerer Betrachtung kann dies nicht überraschen: Das ökonomische wie politische Konkurrenzprinzip dynamisierte die NS-Wirtschaft und -Gesell-

23 So hat der konservative US-amerikanische Wirtschafts- und Unternehmenshistoriker Henry Ashby Turner Hitler als einen unbedingten Anhänger des «liberalen Konkurrenzprinzips» bezeichnet. Turner, Henry Ashby: Hitlers Einstellung zu Wirtschaft und Gesellschaft vor 1933, in: Geschichte und Gesellschaft 2/1976, S. 89–117, S. 95. Resümierend Buchheim, Christoph: Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933–1945. Versuch einer Synthese, in: Historische Zeitschrift 2/2006, S. 351–390. Zur engen Beziehung von Wirtschaftsliberalismus und Nazismus vgl. auch die ideengeschichtliche Studie von Landa: Lehrling und Meister (wie Anm. 12).

24 Petzina, Dieter: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 197.

25 Wie sehr sich die NS-Protagonisten dem Privateigentum an Produktionsmitteln verpflichtet fühlten, zeigt die Re-Privatisierung der Großbanken und großer Unternehmen wie der Vereinigten Stahlwerke – die während der Weltwirtschaftskrise aufgrund ihrer «Systemrelevanz» verstaatlicht worden waren (um deren Pleite zu verhindern) – in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre. Darüber hinaus fassten die Nazis auch eine Privatisierung zunächst parteinaher eigener Unternehmen ins Auge: So überlegten sie Anfang der 1940er-Jahre etwa auch, die seit 1936 zu einem Riesenkonzern herangewachsenen (und aufgrund der NS-Gewaltherrschaft über Europa besonders profitablen) Hermann-Göring-Werke zu privatisieren – ein Unterfangen, das aufgrund der Kriegswende 1942/43 unterblieb.

26 Ishay Landa bezeichnet den Sozialdarwinismus als «eine Form des Hyperkapitalismus». Vgl. das sehr lesenswerte Interview mit Ishay Landa, geführt von Nils Schniederjann: Die Nazis waren Hyperkapitalisten, in: Jacobin Magazin, 8.7.2022, unter: <https://jacobin.de/artikel/die-nazis-waren-hyperkapitalisten-ishay-landa-interview-faschismus-wirtschaftsliberalismus/>.

schaft weit stärker als «klassisch» autoritäre Regime, wie beispielsweise rechte Militärdiktaturen. Es setzte bei Institutionen wie Personen ungeahnte Energien frei und erklärt zu einem Gutteil auch, weshalb die NS-Diktatur fast sechs Jahre lang einen globalen Krieg gegen weit überlegene ökonomische und militärische Gegner überhaupt durchhalten konnte. Wie «effizient» eine entfesselte Konkurrenz wirkt, zeigte der «marktliberale» Kapitalismus der Nachkriegszeit. Er war ökonomisch weit produktiver als die spät- und nachstalinistische Staatswirtschaft des «Realsozialismus» im «sowjetischen Block». Das sozialdarwinistisch grundierte Konkurrenzdenken im Nazismus hatte im Übrigen einen weiteren Effekt: Es stärkte ein individualistisches Karrierebewusstsein, an das die vermeintliche «Mittelstandsgesellschaft» nach 1945 in Westdeutschland nahtlos anknüpfen konnte.

Entgegen einer verbreiteten Annahme schlossen und schließen sich Konkurrenz und Kooperation nicht aus. Sie sind generell für den Erhalt von Herrschaft notwendig und waren dies auch und sogar in besonderem Maße zwischen 1933 und 1945. Die neuere NS-Forschung spricht mit Blick auf das Verhältnis der Sonderkommissare, der NS-Organisationen, der Ministerien und anderer Herrschaftsträger zueinander von «konkurrenzbasierter Kooperation» und «kooperativer Konkurrenz» als zentralen Charakteristika der NS-Herrschaftsstruktur.²⁷

Gegen die Feststellung, dass nach 1933 kapitalistische Basismechanismen und das Konkurrenzprinzip in zugespitzter Weise fortwirkten, wird gern der Einwand vorgebracht, dass die NS-Diktatur doch eine staatlich gelenkte Wirtschaft war. War sie somit ökonomisch nicht das Gegenteil eines «modernen» Kapitalismus? Etikettierungen wie beispielsweise «Befehlswirtschaft» verkennen oder ignorieren, dass die NS-Volkswirtschaft bereits in den ersten sechs Jahren eine «Kriegswirtschaft zu Friedenszeiten» war. Ihre von Anfang an bellizistischen Züge wurden 1934 im «Neuen Plan» des Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht und Ende 1936 im «Vierjahresplan» zunehmend sichtbar. Devisenbewirtschaftung, Autarkiepolitik und andere staatliche Interventionen waren aus diesem Grund wie auch angesichts des weitgehenden Zusammenbruchs der Weltwirtschaft von Anfang an zentrale Bestandteile der NS-Wirtschaftspolitik. Private Unternehmen wurden staatlich allerdings nicht unmittelbar gelenkt, sondern – wie in anderen, «liberalen» Kriegswirtschaften – über indirekte Anreize (vor allem die Aussicht auf hohe Profite) für die massive Aufrüstung gewonnen. Die «wirtschaftliche Selbstverwaltung», die Rüstungsminister

Fritz Todt ab 1940 einführte und die sein Nachfolger Albert Speer systematisch ausbaute, ließ den Unternehmen (besonders den großen Konzernen) unter dem Primat einer Optimierung der Kriegswirtschaft weitgehend freie Hand. Diese «Selbstorganisation» des Kapitals – die konkurrenzbasierte Kooperation der großen Einzelkapitale, institutionalisiert in Ringen oder Ausschüssen – trug wesentlich zur ökonomischen Dynamik der reichsdeutschen Kriegswirtschaft bis 1944 bei.

Trotz der bisher angeführten Argumente: Die These vom angeblich neuen Typus einer nicht mehr marktwirtschaftlichen, sondern «staatlich organisierten» NS-Volkswirtschaft hat es leicht. Denn in der Tat wies diese eine Reihe sehr spezifischer Züge auf, allen voran den NS-Antisemitismus. Die systematische (von den Nazis semantisch zur «Arisierung» bagatellierte) Beraubung, die Vertreibung und schließlich die physische Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen entzieht sich in vielfältiger Hinsicht Kriterien einer unmittelbaren ökonomischen Funktionalität. Auch die rassistische Abwertung vor allem der Bevölkerungen der ost- und südosteuropäischen Staaten war dysfunktional. Propagandaminister Joseph Goebbels ersetzte diese pauschal-negative Stigmatisierung deshalb ab 1942 durch eine Art «identitäre» Europa-Strategie, die als gegen die Sowjetunion gerichteter Bündnisversuch unter den Vorzeichen einer «anti-bolschewistischen Einheitsfront» nominell jeder europäischen Nation eine eigene, ethnische Identität zusprach.

DER «SOZIALISMUS» DER NAZIS. ZUR POLITISCHEN FUNKTION EINER LEERFORMEL

Vor dem skizzierten Hintergrund war der inflationäre Gebrauch des Worts «Nationalsozialismus» funktional, allen voran der «Solidarität» und soziale Harmonie suggerierende Wortbestandteil «Sozialismus». Als Deckbegriff kaschiert der Terminus bewusst die aufgezeigten Zusammenhänge und Interessen. Nicht zuletzt lenkt er von den über 1945 hinausgehenden Kontinuitäten auf den Ebenen der Ökonomie aber auch der Funktionseliten ab und suggeriert ökonomisch «Antikapitalismus» sowie Verstaatlichung. Der Wortbestandteil «Sozialismus» impliziert ein Ende der privaten Verfügungsgewalt über das Kapital in seinen unterschiedlichen Formen. Die permanente Verwendung des Attributs «nationalsozialistisch» und der inflationär-populistische Gebrauch des Worts Sozial-

27 Vgl. Hachtmann, Rüdiger: Elastisch, dynamisch und von katastrophaler Effizienz. Anmerkungen zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus, in: Reichardt, Sven/Seibel, Wolfgang (Hrsg.): Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. u. a. 2011, S. 29–73, bes. S. 58 f.; Seibel, Wolfgang: Polykratische Integration. Nationalsozialistische Spitzenbeamte als Netzwerker in der deutschen Besatzungsverwaltung in Belgien 1940–1944, in: ebd., S. 241–273, bes. S. 243, 267.

lismus durch Protagonisten der NS-Bewegung und des NS-Regimes sollten ganz bewusst verdecken, dass sowohl die 1933 installierte Diktatur als auch bereits die «Hitler-Bewegung» den auf Privateigentum an Produktionsmitteln basierenden Kapitalismus keineswegs überwinden wollten.²⁸ Als inflationär verwendete NS-Phrase übertriebener Gebrauch des Sozialismusbegriffs rhetorisch eine von hohen Profit-erwartungen getriebene ökonomische Praxis. Selbst unmittelbar im Besitz des NS-Regimes befindliche Konzerne, wie etwa der weitverzweigte gigantische Unternehmenskomplex der Deutschen Arbeitsfront (DAF), blieben in ihrem Handeln wirtschaftsliberalen Grundsätzen verpflichtet.²⁹

Wenn sich die Protagonisten des Nazismus kalkuliert als «Nationalsozialisten» bezeichneten, dann spekulierten sie darüber hinaus auf die politische und die soziale Suggestivkraft des Schlagworts «Sozialismus». Dass sie in mancherlei Hinsicht gleichzeitig die radikale Linke kopierten, kümmerte die führenden Nazis wenig. Bereits auf dem 4. Kongress der Kommunistischen Internationalen (Komintern) im November/Dezember 1922 beklagte Amadeo Bordiga – Gründer und erster Vorsitzender der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) –, dass die Nazis wie auch bereits zuvor die Mussolini-Faschist*innen der radikalen Linken Begriffe und Symbole entwendeten: Der Faschismus mache sich «die Lehren der russischen Revolution zunutze». Die «Faschistenpartei ist [...] in gewisser Weise dasselbe, was in Russland die kommunistische Partei [ist], nämlich ein leitendes und kontrollierendes Organ des gesamten Staatsapparats, das gut organisiert und diszipliniert ist». Die Faschisten hätten die Organisationsprinzipien der Bolschewiki abgekupfert, nämlich «eine einheitliche Partei einer einheitlichen gegenrevolutionären Organisation» der «Bourgeoisie» geschaffen, die «neben dem Staat eine militärische Organisation zur Hand hat» und sich durch eigene Organisationen wie beispielsweise Gewerkschaften gesellschaftlich fest zu verankern sucht.³⁰

Die Nazis wussten um den guten Klang, den der Terminus Sozialismus in der Arbeiterklasse hatte – und übernahmen ihn vor allem deshalb. Zentrale Protagonisten der NS-Diktatur setzten gezielt auf die systemtranszendierenden Assoziationen, auf Wünsche und Hoffnungen, die in breiten unterbürgerlichen Gesellschaftsschichten mit dem Wort Sozialis-

mus verbunden wurden, und kaschierten auf diese Weise semantisch das Festhalten des NS-Regimes an den bestehenden ökonomischen Grundkonstellationen. Exemplarisch dafür steht Robert Ley – der NSDAP-Reichsorganisationsleiter und Führer der für die breite deutsche Arbeitnehmerschaft geschaffenen DAF –, dem manche Historiker*innen bis heute gern besonders starke «sozialistische» Neigungen unterstellen.

Ley, dessen Reden vor Sozialismus-Phrasen nur so strotzen, entkoppelte den Begriff bewusst von allen bisherigen ökonomisch-gesellschaftlichen Implikationen. Er und ebenso andere NS-Funktionäre fabulierten vom «Sozialismus der Tat». Sie verknüpften den Terminus auf das Engste mit NS-spezifischen, rassistisch-bellizistischen «Arbeits»- und «Gemeinnutz»-Floskeln, die sie beide wiederum an den Begriff der (zunehmend zu einer Formel zusammengezogenen) «Volks-» und «Leistungsgemeinschaft» banden. Die (deutsch-«arischen») «Arbeiter der Faust» – deren Integration in das NS-System die Hauptaufgabe der DAF war – wollte Ley gewinnen, indem er vom «Adel der Arbeit» fabulierte. Leys «sozialistisch-volksgemeinschaftliche» Elogen kulminierten in der Formel: «Arbeit ist eine Funktion der [arischen] Rasse».³¹

Das NS-Regime verstärkte die bereits in den 1920er-Jahren im rechten Lager vorgenommenen Ausweitungen und Verschiebungen des Sozialismusbegriffs. Die Veränderungen der Bedeutungsinhalte von «Sozialismus» sowie das in Politik und Propaganda von 1933 bis 1945 omnipräsente Schlagwort «Nationalsozialismus» glitten – wie Victor Klemperer beobachtete – «in Fleisch und Blut der Menge über durch die Einzelworte, die Redewendungen, die Satzformen, die [der «Nationalsozialismus»] ihr in millionenfachen Wiederholungen aufzwang und die mechanisch und unbewusst übernommen wurden».³² Der Boden für eine Akzeptanz des Terminus «Nationalsozialismus» war damit auch für die Zeit nach 1945 bereitet. An dieser Bezeichnung wurde in der westdeutschen Gesellschaft festgehalten, obwohl es mit dem Begriff Nazismus einen wertfreien, durch die Selbststilisierung der Nazis nicht vergifteten Begriff für NS-Bewegung und Hitler-Diktatur gab, der ohne semantisch-politisch irreführende Implikationen auf die (tatsächlichen oder vermeintlichen) Besonderheiten der deutschen Verhältnisse abhebt.

28 Überzeugend herausgearbeitet von Landa: Lehrling und Meister (wie Anm. 12) und Interview mit Landa (wie Anm. 26).

29 Vgl. Hachtmann, Rüdiger: Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront, Göttingen 2012, zusammenfassend: S. 573–579.

30 Zitate nach Schäfer, Gert: Der Faschismus und die Kommunistische Internationale, in: Bergmann, Theodor/Keßler, Mario (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943), Mainz 1992, S. 167–201, hier: S. 175 f. Herzlichen Dank an Mario Kessler für den Hinweis.

31 Robert Ley auf der DAF-Reichstagung vom 3. und 4. Dezember 1935, nach: Hachtmann, Rüdiger: Arbeit und Arbeitsfront. Ideologie und Praxis, in: Wildt, Michael/Buggeln, Marc (Hrsg.): Arbeit im Nationalsozialismus, Hamburg 2014, S. 83–106, hier: S. 94, 96.

32 Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1975 [1946], S. 26.

HERKUNFT DER BEGRIFFE NAZI UND NAZISMUS

Im alltäglichen Sprachgebrauch war «Nazi» bis Anfang des 20. Jahrhunderts nichts weiter als die verkürzende Koseform von «Ignaz». Als politisches Kürzel scheint das Wort Nazi in Deutschland bereits um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert vereinzelt Eingang in die Umgangssprache gefunden zu haben, und zwar als Abkürzung für die «National-Sozialen» – also als Bezeichnung für die politische Strömung um den bereits erwähnten Friedrich Naumann. Kurt Tucholsky griff den Terminus Nazi im Juni 1922 in einem Artikel für die *Weltbühne* auf, allerdings noch ohne dezidiert politische Konnotationen. Für Tucholsky war Nazi ein sarkastischer «Gattungsbegriff» für «schmierige» und «aufdringliche», eingewanderte «österreichische, mährische und speziell wienersche» Neu-Berliner, die «den Wurstlprater für den Mittelpunkt der Welt» hielten.³³ Der Begriff war hier noch nicht auf proto- und frühfaschistische Bewegungen und deren Akteure gemünzt. In der Folgezeit scheint sich Nazi als Kurzbezeichnung für «Nationalsozialist(en)» dann aber rasch durchgesetzt zu haben. Analog zum umgangssprachlichen «Sozi» war «Nazi» anfänglich sogar eine Selbstbezeichnung, die aber in der NS-Bewegung Ende der 1920er-Jahre verschwand. Während der NS-Diktatur fand sich dieses Kürzel in keinen Veröffentlichungen, Reden und sonstigen Äußerungen der «Nationalsozialisten» (wie sie sich nun mit Selbstverständlichkeit nannten).

Im Ausland und im deutschen Exil war hingegen der Gebrauch von «nazism», «nazis» und «nazidom» üblich. Als analytische Kategorien wurden diese Bezeichnungen nachweislich das erste Mal in einer Mitte 1934 von der britischen Labour Party herausgegebenen anonymen Schrift eingeführt, verfasst vermutlich von dem linkssozialistischen Historiker Arthur Rosenberg sowie dem erwähnten Arbeitsrechtler und Politikwissenschaftler Franz Leopold Neumann.³⁴ Sie stellten in ihrer Schrift mit dem Begriff Nazismus dort besonders den Rassismus, die extrem reaktionäre und vor allem gegen die organisierte Arbeiterbewegung gerichtete Grundtendenz der NS-Bewegung und des NS-Regimes sowie – unter dem Eindruck der Beseitigung der SA-Führung unter Ernst Röhm –

deren «marriage with Monopoly capitalism and the old reactionary forces» heraus.³⁵

Zwar überbewerteten Rosenberg und Neumann für die von ihnen fokussierte Anfangszeit der NS-Diktatur die Orientierung am italienischen Faschismus und an einem ständisch geprägten Korporatismus. Allerdings konnten sie zum damaligen Zeitpunkt nicht wissen, dass die Protagonisten der NS-Diktatur ständisch-korporatistische Ideen spätestens 1935/36 fallen ließen. Die Unternehmer besaßen mit der Reichswirtschaftskammer sowie den Reichsgruppen (darunter den Reichsgruppen Industrie und Banken) samt Wirtschaftskammern und Wirtschaftsgruppen weiterhin relativ autonome Organe, die nur vordergründig korporatistische Züge hatten, de facto jedoch Lobbyorganisationen mit gleichzeitig weitreichenden Kompetenzen waren. Das NS-Regime bildete zudem relativ rasch eine eigenständige Form einer «Neuen Staatlichkeit» aus, die sich gravierend vom weiterhin in ein monarchisches System eingebundenen Mussolini-Faschismus unterschied.³⁶ Auch wenn also die Bedeutung des ständischen Elements für die Anfangsjahre zu relativieren und zu korrigieren ist – was Neumann in seinem «Behemoth» 1942 getan hat – und auf die Eigenständigkeit der NS-Herrschaftsstrukturen im Vergleich zum italienischen Vorbild insistiert werden muss, so spricht nichts gegen eine Verwendung der Termini Nazi und Nazismus als analytischem Oberbegriff für die «deutschen Verhältnisse».

Innerhalb der sich stärker auf die Sowjetunion beziehenden Strömungen des Marxismus wurde der Begriff Nazismus ebenfalls als Kennzeichnung der Spezifika der deutschen Entwicklung verwendet, namentlich von Georg Lukács. In einem im Januar 1943 veröffentlichten Aufsatz bezeichnete Lukács «die nazistische Barbarei [als] eine noch nie dagewesene Erscheinung in der Geschichte der Menschheit», die alle bisherigen Varianten der Gegenrevolution und Faschismen «in den Schatten gestellt» habe. Als ideologischen Kern des Nazismus, als das ««theoretische» Fundament der fürchterlichsten Barbarei, die die Menschheitsgeschichte bisher kannte», identifizierte er die «Rassentheorie», die «die prinzipielle Ungleichheit der Menschen und Völker proklamieren» und in direktem Gegensatz zu allen Formen der Aufklärung und Emanzipation stehe; erst der nazistische Rassismus habe «die Entfesselung, ja die Mobilisie-

33 Tucholsky, Kurt (unter dem Pseudonym Peter Panter): Die «Nazis», in: Die Weltbühne, 23/1922, S. 586–588. Vgl. auch Wann und wo ist «Nazi» als Bezeichnung für Anhänger Hitlers zuerst belegt?, in: Der Sprachdienst 1/1999, Sp. 28 f.

34 Vgl. Kessler, Mario: Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln u. a. 2003, S. 201, FN 75. Arthur Rosenberg ist unter anderem Autor der bis heute sehr lesenswerten «Vorgeschichte» und «Geschichte der Weimarer Republik» von 1928 bzw. 1935. Franz Leopold Neumann veröffentlichte 1942/44 sein berühmt gewordenes Buch «Behemoth». Rosenberg, Arthur: Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1961 [1928]; ders.: Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1961 [1935]; Neumann: Behemoth (wie Anm. 20).

35 Labour Party (Hrsg.): Nazis. Nazism. Nazidom, London 1934, S. 30.

36 Zur eigenartigen Struktur des NS-Herrschaftssystems vgl. bes. Hachtmann: Elastisch, dynamisch (wie Anm. 27); ders.: Polykratie. Ein Schlüssel zur Analyse der NS-Herrschaftsstruktur? Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 1.6.2018, unter: https://docupedia.de/zg/Hachtmann_polykratie_v1_de_2018.

«Eugenik» – sind in den letzten Jahrzehnten überzeugend herausgearbeitet worden und werden inzwischen auch in der neueren bundesdeutschen Forschung thematisiert.³⁸ Dies schließt Differenzierung und Typologisierung nationaler Spezifika keineswegs aus. Eine plausible Typologisierung und Abgrenzung zu verwandten Bewegungs- und Regime-Typen, etwa zu rechtsautoritären Militärdiktaturen, bleibt zwar schwierig, schränkt aber den heuristischen Wert des Faschismusbegriffs nicht grundsätzlich ein. Insbesondere für eine international vergleichende wie transnationale Forschung bleibt der Begriff Faschismus unverzichtbar.³⁹

Im Gegensatz zur Bezeichnung «deutscher Faschismus» unterschlägt der Terminus «Nationalsozialismus», dass sich NS-Bewegung und NS-Regime in vielfältiger Hinsicht an der faschistischen Bewegung Italiens und an der Mussolini-Diktatur orientiert haben. Diejenigen, die das Wort «Nationalsozialismus» verwenden, sitzen der Selbststilisierung der Nazis auf, die den italienischen Faschismus kalkuliert von NS-Bewegung und Regime semantisch abgekoppelten. Diese behaupteten seit 1934, dass der «Nationalsozialismus» originär gewesen sei, und unterschlugen systematisch, dass sie sich in vielerlei Hinsicht am italienischen Vorbild orientiert hatten.⁴⁰ Mit dem Begriff «Nationalsozialismus» wird also auch die «Germanozentriertheit» der Nazis übernommen und terminologisch unterstrichen. Das ist durchaus symptomatisch für die NS-Forschung, die sich lange Zeit auf «Deutschland» konzentrierte. Erst seit den 1980er-Jahren geriet in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft das von der Wehrmacht okkupierte und vom NS-Regime ausgeplünderte Europa in den Blick, noch später (wenn überhaupt) die Perspektive der besetzten Länder und der Opfer auf das NS-Regime sowie die Besatzungsherrschaft. Statt auf «Nationalsozialismus» zu beharren, wäre also das heuristische Potenzial des Faschismusbegriffs weiter auszuloten: dessen verschiedene Varianten und Unterschiede beispielsweise gegenüber rechten Militärdiktaturen, aber auch die Differenzen zwischen dem «historischen» Faschismus bis 1945 und seinen aktuellen Varianten. Die Schwächen des

«Eugenik» – sind in den letzten Jahrzehnten überzeugend herausgearbeitet worden und werden inzwischen auch in der neueren bundesdeutschen Forschung thematisiert.³⁸ Dies schließt Differenzierung und Typologisierung nationaler Spezifika keineswegs aus. Eine plausible Typologisierung und Abgrenzung zu verwandten Bewegungs- und Regime-Typen, etwa zu rechtsautoritären Militärdiktaturen, bleibt zwar schwierig, schränkt aber den heuristischen Wert des Faschismusbegriffs nicht grundsätzlich ein. Insbesondere für eine international vergleichende wie transnationale Forschung bleibt der Begriff Faschismus unverzichtbar.³⁹

Im Gegensatz zur Bezeichnung «deutscher Faschismus» unterschlägt der Terminus «Nationalsozialismus», dass sich NS-Bewegung und NS-Regime in vielfältiger Hinsicht an der faschistischen Bewegung Italiens und an der Mussolini-Diktatur orientiert haben. Diejenigen, die das Wort «Nationalsozialismus» verwenden, sitzen der Selbststilisierung der Nazis auf, die den italienischen Faschismus kalkuliert von NS-Bewegung und Regime semantisch abgekoppelten. Diese behaupteten seit 1934, dass der «Nationalsozialismus» originär gewesen sei, und unterschlugen systematisch, dass sie sich in vielerlei Hinsicht am italienischen Vorbild orientiert hatten.⁴⁰ Mit dem Begriff «Nationalsozialismus» wird also auch die «Germanozentriertheit» der Nazis übernommen und terminologisch unterstrichen. Das ist durchaus symptomatisch für die NS-Forschung, die sich lange Zeit auf «Deutschland» konzentrierte. Erst seit den 1980er-Jahren geriet in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft das von der Wehrmacht okkupierte und vom NS-Regime ausgeplünderte Europa in den Blick, noch später (wenn überhaupt) die Perspektive der besetzten Länder und der Opfer auf das NS-Regime sowie die Besatzungsherrschaft. Statt auf «Nationalsozialismus» zu beharren, wäre also das heuristische Potenzial des Faschismusbegriffs weiter auszuloten: dessen verschiedene Varianten und Unterschiede beispielsweise gegenüber rechten Militärdiktaturen, aber auch die Differenzen zwischen dem «historischen» Faschismus bis 1945 und seinen aktuellen Varianten. Die Schwächen des

37 Lukács, Georg: Der Rassenwahn als Feind des menschlichen Fortschritts [1943], in: ders.: Schicksalswende. Beiträge zu einer neuen deutschen Ideologie, Berlin 1956, S. 115–128, hier: 113, 119, 127.

38 Die vergleichende Faschismus-Forschung ist in ihrer Vielfalt inzwischen kaum überschaubar. Für die bundesdeutsche Forschung wichtige Studien sind Schieder, Wolfgang: Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland, Göttingen 2008; Reichardt, Sven: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA, Köln u. a. 2002; Liebscher, Daniela: Freude und Arbeit. Zur internationalen Freizeit- und Sozialpolitik des faschistischen Italien und des NS-Regimes, Köln 2009.

39 Vgl. u. a. die Literaturüberblicke von Reichardt, Sven: Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung, in: Mittelweg 36, 1/2007, S. 9–25.; ders.: Globalgeschichte des Faschismus. Neue Forschungen und Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42–43/2017, S. 10–16; Exposito, Fernando: Faschismus. Begriff und Theorien, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 6.5.2016, unter: http://docupedia.de/zg/exposito_faschismus_v1_de_2016; Hachtmann, Rüdiger: Wie einzigartig war das NS-Regime? Autoritäre Herrschaftssysteme der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Vergleich. Ein Forschungsbericht, in: Neue Politische Literatur 2/2017, S. 229–280.

40 Das gilt besonders für die Bewegungs- und «Machtergreifungs»-Phase – und hier wiederum nicht zuletzt für das rücksichtslose Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung. Aber auch in der Regime-Phase fungierte der Mussolini-Faschismus zumindest anfänglich als Vorbild. Ein Beispiel von vielen: Die (u. a. für preiswertes Reisen bekannte) NS-Gemeinschaft «Kraft durch Freude» (KdF) war unmittelbar dem italienischen «Dopo lavoro» abgekupfert – und hieß ab November 1933 in wörtlicher Übersetzung zunächst «Nach der Arbeit», ehe sie Anfang 1934 dann in KdF umbenannt wurde. Vgl. bes. Liebscher: Freude und Arbeit (wie Anm. 38).

Terminus «Nationalsozialismus» – namentlich seine Germanozentriertheit – teilt zwar auch die Bezeichnung Nazismus. Dennoch ermöglicht die Verwendung des Worts Nazismus eine kritische Distanz zur Selbststilisierung von NS-Bewegung und NS-Regime, da er keinen Raum für die von den Nazis gezielt hergestellten und von den Rechtskonservativen vorbereiteten hochproblematischen «Sozialismus»-Assoziationen lässt. Genau das aber – die vor wie nach 1945 sprachpolitisch gewollten «Sozialismus»-Analogien, fehlende Distanz zur Selbststilisierung von NS-Bewegung und NS-Regime sowie Germanozentriertheit – waren entscheidende Faktoren, die die Geschichte des Terminus «Nationalsozialismus» und ebenso die des Begriffs Nazismus nach dem Zusammenbruch der Diktatur bestimmten.

NAZISMUS UND «NATIONAL-SOZIALISMUS» – DIE VERWENDUNG DER BEGRIFFE IM KALTEN KRIEG

Zunächst zum Begriff Nazismus und seinem «Schicksal» nach dem Sieg der Alliierten über Nazi-Deutschland. Ich beschränke mich im Folgenden auf West-Deutschland, weil die dort geprägten Begriffsverwendungen die semantische Praxis auch in der Berliner Bundesrepublik seit 1989/90 bestimmen.

Die Bezeichnung Nazismus fand nach 1945 in Westdeutschland durchaus Verwendung, vor allem in den juristischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen als Teil des Begriffs «Entnazifizierung». Die zwischen 1945 und 1949 praktizierte Entnazifizierung, deren baldige Verengung auf angeblich wenige «echte Nazis» und eine Spruchpraxis, die «Schreibtischtäter» und oft genug auch hochrangige NS-Funktionsträger gänzlich «entlastete» oder als «Mitläufer» glimpflich davonkommen ließ, verweist bereits auf die anschließende Engführung und Entwertung des Nazismusbegriffs.

Zwar übten maßgebliche Repräsentant*innen der Sozialdemokratie wie Kurt Schumacher massive Kritik daran, dass der Begriff «Nationalsozialismus» in den allgemeinen Sprachgebrauch Eingang fand. Bereits in seiner nach dem Ende der NS-Diktatur ersten öffentlichen Rede vom 6. Mai 1945 erklärte Schumacher, dass der Rekurs auf die Selbstbezeichnungen der

«Nazis [die] Idee des Sozialismus schändlich beflecken» würde. Eine Weiterverwendung dieser Begriffe überdeckte deren fundamentale «Feindschaft gegen die arbeitenden Klassen und [...] ihre Emanzipation».⁴¹ Diese Mahnung verhallte jedoch ungehört. Die nazistische Selbstbezeichnung «Nationalsozialismus» wurde in bundesdeutschen Medien und auch im Mainstream der Forschung zur Charakterisierung des mit dem Namen Hitler verbundenen Regimes, der mit diesem assoziierten Ideologie und der «Hitler-Bewegung» mit einer nur selten kritisch reflektierten Selbstverständlichkeit allgemein gebräuchlich. «Nazismus» und «Nazi» verschwanden dagegen spätestens seit den 1990er-Jahren aus dem allgemeinen und wissenschaftlichen Diskurs und finden sich auch nicht mehr in einschlägigen historischen Handbüchern.⁴²

In der Alltagssprache blieb der Terminus Nazi zwar präsent, allerdings in einer verengten und vulgarierten Form. Als Nazis wurden lediglich ungehemmt fanatisierte «Nationalsozialisten» bezeichnet, die sich den neuen Verhältnissen im Nachkriegsdeutschland nicht anpassen wollten – und oft ein rabaukenhaftes Auftreten kultivierten. Das Bild vom «Nazi-Rüpel» erleichterte es vor allem den Funktionseleiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltungsbükratie und Militär, sich mit einem bewusst kultivierten, elaborierten (groß-)bürgerlichen Habitus vom NS-Regime abzugrenzen. Das Negativklischee «Nazi» erlaubte es, den Clash der Sozialkulturen zwischen (Groß-)Bürgertum und kleinbürgerlich-«plebejischen» SA-Rabauken der Anfangsjahre der NS-Diktatur in gezielt exkulpatorischer Absicht (im Sinne von: sich selbst und das eigene Handeln «reinwaschend») zu einem Gegensatz zwischen «fanatischen Nationalsozialisten» und «anständigen Deutschen» aufzubauchen. Mitglieder der Funktionseleiten ebenso wie (andere) bürgerlich kultivierte Nazis konnten so mit scheinbarer Plausibilität auch behaupten, sie seien tatsächlich in der «inneren Emigration» gewesen, hätten sich jedoch äußerlich anpassen müssen oder wären bestenfalls am Rande «verstrickt» gewesen. Die historische Forschung ist dieser exkulpatorischen Selbststilisierung lange Zeit aufgesessen und hat dabei übersehen, dass spätestens nach dem «Röhm-Putsch» – der blutigen Liquidierung der SA-Führung im Jahr 1934 – NS-Akteure mit einem oft dezidiert bürgerlichen Hintergrund und feinen Manieren politisch das Sagen hatten.⁴³

41 Schumacher, Kurt: Reden. Schriften. Korrespondenzen 1945–1952, hrsg. von Willy Albrecht, Berlin u. a. 1985, S. 208. Vgl. auch Plener, Ulla: Eine Aufforderung zur Diskussion, in: *Argument* 322, 2017, S. 235–237, 236.

42 Vgl. Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hrsg.): *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, München 1997; Schmitz-Berning: *Vokabular des Nationalsozialismus* (wie Anm. 11). Im angloamerikanischen oder auch im spanischen Sprachraum hielt sich «nazism» länger. Inzwischen hat sich aber auch dort der Terminus «nationalsozialism» statt «nazism» weitgehend durchgesetzt.

43 Die ostentative Rüpelhaftigkeit vieler dem Bürgertum und Kleinbürgertum entstammender SA-Leute besitzt übrigens gleichfalls eine «bürgerliche Dimension». Dahinter stand – ähnlich wie bei den italienischen «Schwarzhemden» Mussolinis – ein Generationskonflikt innerhalb des Bürgertums und Kleinbürgertums: Die jungen Bürger fochten (vereinfacht gesagt) auf diese Weise auch ihren Konflikt mit der Elterngeneration aus. Dieser Aspekt erklärt die relative «Jugendlichkeit» namentlich der SA und ihren in den 1920er-Jahren deutlichen Charakter als «Jugendbewegung», ihre Abgrenzung sowie Polemiken gegen die Gerontokratie der Weimarer Republik, die auch bei anderen jungen Hitler-Anhänger*innen zu beobachten war. Weiterhin sehr lesenswert Reichardt: *Faschistische Kampfbünde* (wie Anm. 38). Hauptfeind der auch und gerade der jungen Nazis blieb indes die aus ihrer Sicht «verjudete» linke Arbeiterbewegung.

Nazi und Nazismus blieben darüber hinaus als Bezeichnungen für lediglich eine Teilgruppe des «Rechtsextremismus» bzw. «Rechtsradikalismus» reserviert – für NS-nostalgische oder offen faschistische Organisationen, wie die Sozialistische Reichspartei, die Schwarze Front Otto Strassers oder die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Seit den 1960er-Jahren erlebte der Terminus Nazi und mit ihm in abgeschwächter Form der Terminus Nazismus vor allem in antifaschistischen Strömungen eine zwischenzeitliche Renaissance, allerdings auch hier eher als Vulgärbegriff und nicht als präzisere analytische Kategorie.

Begünstigt wurde die ungenaue und «variable» Verwendung des Terminus Nazi und Nazismus durch einen weiteren Faktor: Das Bundesinnenministerium, die einschlägigen Länderministerien und die offiziell für die Beobachtung von Nazis zuständigen bundesdeutschen Geheimdienste (BND und «Verfassungsschutz» des Bundes und der Länder) besitzen – unter anderem über die jährlichen «Verfassungsschutzberichte» – eine von Medien und einer breiten Öffentlichkeit akzeptierte definitorische Hoheit über die Begriffe «Rechtsextremismus», «Rechtsradikalismus» und damit auch «(Neo-)Nazismus». Ein systematisierendes Kategoriensystem sucht man hier jedoch vergeblich.

Stattdessen bedienen sich diese Staatsorgane der politisch protegierten «Hufeisen»-Theorie, die eine strukturelle Ähnlichkeit zwischen «Links-» und «Rechtsextremismus» behauptet. Die Termini «Extremismus» und «Radikalismus» fungieren als eine Art semantisches Sprungbrett, um «links» und «rechts» gleichzusetzen. Bezeichnenderweise finden «Radikalismus» und insbesondere «Extremismus» medial wie wissenschaftlich eine inflationäre und gleichzeitig flexible, situationsangepasste Verwendung. Neben der Gleichsetzungsabsicht steht dahinter auch das politisch-ideologische Kalkül, die breiten Grauzonen zwischen Konservativismus, faschistoiden Strömungen, wie der Identitären Bewegung, sowie einem offenen Neo-Nazismus zu kaschieren.

Der Begriff Nazismus wurde sowohl in der alten als auch in der heutigen Bundesrepublik mithin von zwei Seiten in die Zange genommen – zum einen von einem «Verfassungsschutz», der den Terminus verengt und offenbar bewusst nicht präzise definiert, zum anderen von einem Antifaschismus, der die Begriffe Nazi und Nazismus oft zu Schimpfwörtern verkommen lässt.

Aus bereits dargelegten Gründen eignen sich die Begriffe Nazismus und nazistisch zur Kennzeichnung von NS-Ideologie, NS-Bewegung und NS-Regime vor allem auf der wissenschaftlichen Ebene weit besser als der von den Nazis kalkuliert aufgegriffene Terminus «Nationalsozialismus». Es drängt sich damit die Frage auf, warum der politisch-ideologisch nicht kontaminierte Begriff Nazismus dennoch von dem als Nazi-Selbstbezeichnung hochgradig vergifteten Terminus «Nationalsozialismus» verdrängt wurde. Warum halten bis heute weite Teile der bundesdeutschen und westlichen Historiografie – von den Medien und der etablierten «Politik» ganz zu schweigen – trotzdem an der Selbststilisierung von NS-Bewegung und NS-Regime sowie an der von beiden ausgebildeten Ideologie als «Nationalsozialismus» fest?

Weniger Historiker*innen als vielmehr konservative Politiker*innen verhehlen die politischen Beweggründe nicht, weshalb sie von «Nationalsozialismus» sprechen. So begründete der damalige CSU-Generalsekretär und spätere bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber in einem Interview in der *Frankfurter Rundschau* vom 28. September 1979 seine Präferenzen für die Bezeichnung «Nationalsozialismus» mit der schlichten Behauptung: «Schließlich war der Nationalsozialismus auch eine Variante des Sozialismus».⁴⁴ Deutlich wird: Das anhaltende Insistieren auf den Terminus «Nationalsozialismus» ist eine Erbschaft des Kalten Kriegs.

Heute hört man solche Sprüche, wie den von Stoiber aus dem Jahr 1979, seltener. Der Sozialismus ist durch den Zusammenbruch des «Ostblocks» erst einmal diskreditiert. Gut möglich aber, dass der kalkulierte semantische «Kurzschluss» Stoibers eine Renaissance erlebt, wenn sich eine starke neue linke Bewegung entwickelt. Damals artikuliert Stoiber mit einer seltenen Offenheit, was bis heute ein zentrales Element hegemonialer Sprachpolitik ist: «Nationalsozialismus» und «Sozialismus» gleich welcher Couleur werden semantisch in engste Nachbarschaft gerückt. Diese von Konservativen wie Liberalen gern übernommene inzwischen fast hundertjährige rechtskonservative bis offen faschistische Sprachpolitik wird durch nivellierende, «links» und «rechts» gleichsetzende Begriffe wie «Totalitarismus» und «Extremismus» gestützt und abgerundet.⁴⁵ Die dahinterstehende Absicht war damals die gleiche wie heute: Sie soll Überlegungen zu sozialistischen Strategien und einer künftigen sozialistischen Gesellschaft von vornherein diskreditieren.

44 Wiederholt zit. z. B. in Köhler, Otto: Adolf Hitlers Wohlfühlidiktatur. Historiker-Kritik an Götz Aly, in: der Freitag, 17.3.2006, unter: www.freitag.de/autoren/otto-koehler/adolf-hitlers-wohlfueldiktatur. Stoiber steht damit nicht allein. Der Frage, warum so viele Politiker*innen und Intellektuelle (bis heute) «Nationalsozialismus» eng mit «Sozialismus» verknüpfen, ist eine der spannenden Fragen, denen Landa in seinem Buch «Lehrling und Meister» (wie Anm. 12) nachgeht.

45 Weitere Gründe hierfür – wie beispielweise das «autoritär[e] Ausgrenzungshandeln» von den «heute auf die Lehrstühle und Professuren nachgerückten ehemaligen Linken» und Mitgliedern «der so genannten K-Gruppen» – nennt Roth, Karl Heinz: Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte 19, 2004, S. 31–52, S. 35f.

FAZIT

Die semantische Hegemonie des Terminus «Nationalsozialismus» ist nicht wissenschaftlich begründet, sondern politisch bedingt. Zurückzuführen ist sie auf die globalen Konstellationen seit 1945 und insbesondere auf die bis heute nachwirkenden politischen Frontstellungen des Kalten Kriegs. Zur gängigen Bezeichnung wurde «Nationalsozialismus» allen voran im westlichen NS-Nachfolgestaat, der Bonner Bundesrepublik.

Im Umgang mit dem Faschismusbegriff lässt sich ebenfalls aufzeigen, wie der Kalte Krieg unseren Sprachhaushalt bis heute prägt. In der DDR und in Osteuropa waren «deutscher Faschismus» und «Hitlerfaschismus» bis 1989 breit eingeführte Termini, weshalb sie im Westdeutschland der 1950er-Jahre wie auch erneut seit Anfang der 1980er-Jahre in der Ära Kohl bestenfalls mit spitzen Fingern angefasst wurden. Die wenigsten wollten sich dem Verdacht aussetzen, irgendetwas mit der DDR zu tun zu haben, und Gefahr laufen, sich aus der «seriösen» bundesdeutschen Forschung herauszukatapultieren. Selbst Historiker*innen mit einem kritischen Anspruch und linken Erkenntnisinteressen sind faktisch gezwungen, von «nationalsozialistisch», «Nationalsozialis-

mus» und «Nationalsozialisten» zu sprechen, statt die nicht-toxischen Termini nazistisch, Nazismus und Nazis zu verwenden – wollen sie nicht die Marginalisierung innerhalb der «Historiker-Zunft» riskieren.⁴⁶ Veränderte Rahmenbedingungen in der Wissenschaft – wie die in den letzten Jahrzehnten rasch wachsende Auftragsforschung und die Drittmittelfinanzierung von Forschungsprojekten – tragen das Ihre dazu bei, dass zweifelhaft Kategorienbildungen perpetuiert werden.⁴⁷ So gilt hier wie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft: Der herrschende Diskurs ist der Diskurs der Herrschenden – das heißt ein Diskurs, in dem die Herrschenden die Spielregeln setzen. Doch trotz des hohen Drucks auf Geisteswissenschaftler*innen – besonders Historiker*innen, Politik- oder Sozialwissenschaftler*innen –, die vom Mainstream verwendeten Begrifflichkeiten zu übernehmen, um im allgemeinen Diskurs anerkannt zu werden, sollten sie versuchen, die durch die Selbststilisierungen der Nazis hochgradig vergifteten Wörter «Nationalsozialismus», «nationalsozialistisch» und «Nationalsozialisten» zu vermeiden, und sei es durch das Kürzel «NS». Besser wäre allerdings, den Terminus Nazismus als wissenschaftliche Kategorie zu re-etablieren – in Anlehnung an die frühen Analysen des linken Exils ab 1933.

46 Den Begriff «Zunft» kann in diesem Zusammenhang (fast) wörtlich genommen werden. Die historischen Zünfte schrieben ihren Mitgliedern nicht nur vor, was sie wie zu produzieren haben, sie reglementierten generell ihre gesamte Lebenswelt (ihren Habitus). Anstelle solcher formalen Regeln wirkten in heutigen «Zünften» informelle Druckmechanismen.

47 Die Neoliberalisierung (nicht nur) der Geisteswissenschaften, der Rückzug des Staats aus der Finanzierung der Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen sowie dessen Ersetzung durch «private Stiftungen» wären ein eigenes Thema. Entsprechende Abhängigkeiten binden die «Auftragnehmer», mit fatalen Folgen: Selbstzensur, «Drittmittel-Opportunismus», die Anpassung an die Erwartungen der «Auftraggeber». Die Schere im Kopf ersetzt die Drohung mit formalen Restriktionen. Auch das prägt «selbstverständlich» Sprache und Kategorienbildung. Allerdings ist dieser Trend nicht zwangsläufig negativ, innovative Ergebnisse sind keineswegs ausgeschlossen. Vgl. exemplarisch für die Wissenschafts- und Verwaltungsgeschichte Hachtmann, Rüdiger: Auftragsforschung. Zwei Beispiele und vorläufige Schlussfolgerungen, in: Budrass, Lutz/Große-Wilde, Simon/Meyer, Torsten (Hrsg.): Historische Produktionslogiken technischen Wissens, erscheint 2023; ders.: «Geschichte wird gemacht, es geht voran ...». Blicke zurück, in die Vergangenheit der NS-Historiographie und in deren Zukunft, in: Redaktion der «Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus» (Hrsg.): NS-Geschichte als Herausforderung. Neue und alte Fragen, Göttingen 2022, S. 49–78, bes. S. 59–63.